

Rede des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch beim Adenauer-Forum Prag am 21. Oktober 2004 im Grand Hotel Bohemia in Prag

Sehr geehrter Herr Gehrold, meine Damen und Herren! Ich kann mit Herrn Gehrold leider nicht mithalten und das liegt wahrscheinlich nicht nur daran, dass ich nicht vor 10 Monaten schon einmal bei Ihnen war und Ihnen versprochen hätte, tschechisch zu können. Ich kann es schlicht nicht und so muss ich Sie bitten, Verständnis zu haben, wenn ich in Deutsch zu Ihnen spreche. Ich bedanke mich sehr, dass Sie sich Zeit genommen haben und der Einladung der Konrad Adenauer Stiftung gefolgt sind. Ich denke, dass es eine wichtige und gute Aufgabe der politischen Stiftungen in den Hauptstädten Europas und der Welt ist, eine Plattform zu bieten, für das Gespräch und für das Interpretieren der Positionen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verantwortlichen Politiker einerseits und auf der anderen Seite der Menschen, die für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in den jeweiligen Ländern, in denen wir zu Gast sein dürfen, in der Verantwortung stehen. Deshalb bin ich sehr froh, dass eine Einladung der Konrad Adenauer Stiftung hier einen so großen Zuspruch findet.

Wir sind als eine große hessische Delegation aus unserem Bundesland hier in Tschechien zu Gast. Wir befinden uns jetzt am Ende einer Reise durch vier der neuen Länder der Europäischen Union seit dem 1. Mai. Wir waren in Ungarn, in der Slowakei, in Slowenien und sind jetzt hier bei Ihnen zu Gast. Die Delegation besteht aus dem Landtagpräsidenten, Repräsentanten aller politischen Parteien des hessischen Landtags, aus Regierung und Opposition - aber besteht vor allen Dingen aus einer großen Anzahl von Geschäftsleuten, die sich mit zwei zentralen Bereichen beschäftigen:

Der eine ist die Frage des Finanzplatzes oder der Finanzdienstleistungen. Sehr banal gesprochen: Wir werben für Frankfurt als den Platz, an dem Finanzgeschäfte europäisch aus unserer Sicht am besten koordiniert werden können. Wir werben nicht darum, dass keine Finanzgeschäfte in Prag oder in irgendeiner anderen Stadt gemacht werden, sondern dass die Kippelpunkte, wo die Netzwerke entstehen, sogar die Generierung von Kapital, von neuen Ideen und gemeinsamen Projekten, dass diese in einem Wettbewerb, in dem wir uns fühlen, in dem wir uns auch tatsächlich befinden, zwischen London auf der einen Seite und Frankfurt auf der anderen Seite, ein Stück einer Präferenz für Frankfurt erarbeitet wird.

Und wir haben zum anderen viele Kollegen und Experten dabei, die sich mit der Frage des Technologietransfers, folglich mit den Fragen, wie können aus Ideen Produkte werden, welche Unternehmen brauchen Ideen und wo gibt es Ideenschmieden, aus denen man etwas entwickeln könnte, beschäftigen. Und wir haben sehr viele Eindrücke in allen vier Ländern mitnehmen können. Wir wissen, denke ich, alle noch deutlicher als zuvor, dass wir hier Länder beobachten, die sich sozusagen im Aufzug befinden, der mit einer großen Geschwindigkeit nach oben geht, in den ökonomischen Strukturen, in der Wettbewerbsfähigkeit zu anderen Plätzen auf dem Kontinent und in der Welt und auch in der Wettbewerbsfähigkeit zu uns, der Bundesrepublik Deutschland. Eine Wettbewerbsfähigkeit, die gelegentlich aber als schmerhaft empfunden wird, weil es auch in Deutschland Menschen gibt, die sich die Frage stellen, warum der eine oder der andere Arbeitsplatz da und nicht mehr dort ist, wo man in der Vergangenheit gewohnt war, etwas zu tun.

Die Frage, die wir bei diesen Diskussionen immer wieder haben, ist, ob das noch eine Beziehung ist zwischen den Ländern, in denen sozusagen der eine sich freut, dem anderen zu helfen, oder ob das inzwischen längst eine gleiche Basis ist. Und diese Tatsache, dass wir

gelegentlich davor Befürchtungen haben, zeigt, wie gleichgewichtig inzwischen ökonomischer Wettbewerb geworden ist. Man stellt manchmal in unserem Land die Frage: „Können wir diesen überhaupt gewinnen?“ Meine Antwort, und ich denke die derer, die mit uns hier reisen, ist: „Ja wir können den Wettbewerb gewinnen“; durch Intensivierung der Kooperation und durch präzisere Erfahrung dahingehend, was der jeweils andere kann, was er will und was er braucht, um daraus Partnerschaften zu schließen, die uns im Weltmarkt und in unseren Märkten jeweils in eine Position versetzen, in der jeder seine Stärken verwirklichen kann. Das ist kein einfacher Prozess, gerade in den Zeiten des Übergangs. Wir erwarten, dass Länder, die an der deutschen Grenze liegen, wie ihr Land oder Polen, zwar in jeweils unterschiedlichen Zeitabschnitten, aber natürlich auf den durchschnittlichen Arbeitslohn kommen werden. Das mag durchaus sechs Jahre, acht Jahre oder zehn Jahre dauern. Wir haben im Augenblick ein Wirtschaftswachstum in unserem Land, der unterhalb von einem Prozent liegt. Sie hatten im letzten Jahr in diesem Bereich einen Anstieg von sechs Prozent, was diese unterschiedliche Geschwindigkeit und diesen Aufholprozess zeigt. Aber in dieser Zeit des Wechsels passiert eine ganze Menge. Das ist auf den ersten Blick ein Vorteil für ihr Land und ein Risiko für unser Land. Ich bin allerdings fest davon überzeugt, dass diese Entwicklungen für alle, die im geeinten Europa leben, auf Dauer von Vorteil sind.

Doch es löst auch die Frage aus, was eigentlich dieses gemeinsame Europa der Zukunft ist? Und zu den Erfahrungen in den Ländern, die wir besucht haben, und auch zu den Erfahrungen der Gespräche hier in der Tschechischen Republik gehört durchaus, dass dort Diskussionen teilweise anders geführt werden als bei uns zu Hause. Und, dass wir in diesem Prozess des europäischen Einigungswerkes alle versuchen müssen, uns klar zu werden, was wir mit diesem Europa erreichen wollen. Viele sehen zunächst in dem Europa, das heute in den Grenzen der 25 Staaten besteht, eine Möglichkeit für wirtschaftliche Aktivität mit allen Chancen und Risiken. Sie sind deshalb manchmal besorgt und manchmal hoffnungsvoll, sehen aber immer einen gemeinsamen Wirtschaftsraum ohne Zollgrenzen und ähnliches. Und das ist es ja auch. Das ist seit Anfang der 50er Jahre die Motivation gewesen, zunächst einmal rechtliche Regeln zu schaffen. Deshalb ist aus der Montanunion und der Regulierung der Grundstoffindustrien in langsam Schritten eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft geworden, die in weiteren Schritten langsam zu einer europäischen Union wurde.

Übrigens hängen manche Diskussionen wie etwa zum Beitritt der Türkei durchaus mit diesen Überlegungen zusammen. Das Angebot an die Türkei, Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft des Jahres 1963 zu werden, erfolgte unter völlig anderen Umständen als die heutige Debatte, die zum Gegenstand hat, dass die Türkei Mitglied der Europäischen Union des Jahres 2004 werden könnte. Und das, was man damals, 1963, unserem Nachbar, der Türkei, anbieten wollte als Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, haben sie heute zum überwiegenden Teil erlangt: In der assoziierten Partnerschaft mit der Europäischen Union, in der die politischen Teile beschränkt bleiben auf die Mitgliedsstaaten, aber die ökonomischen Teile längst auf die assoziierten Mitglieder übertragen worden sind. Das ist ein äußeres Zeichen dafür, dass sich in dieser Europäischen Union in den letzten Jahren etwas verändert hat, hin zu einem gemeinsamen politischen Integrationsprozess. Und wir verspüren, oder ich verspüre in den Gesprächen, dass es auch in ihrem Land eine heftige Diskussion gibt über die Frage: „Wollen wir das denn auch“, also über den wirtschaftlichen Integrationsprozess hinaus eine politische Union. Und was ist eigentlich genau diese politische Union? Führt sie nicht zu einer zu starken Einschränkung gerade gewonnener nationaler Selbstbestimmungsrechte und Freiheiten? Bedeutet sie nicht eine riskante Entwicklung hin zum Verlust von Identitäten, hin zu einer noch unbekannten gemeinsamen wie auch immer zu beschreibenden europäischen Identität? Und das gerade bei den Ländern,

die so stolz darauf sind und sein können, dass sie diese Identität und diese Selbstbestimmung unbeeinflusst von anderen, die über sie entscheiden, gerade erst in einer überschaubaren Zeit von anderthalb Jahrzehnten erlangt haben? Der Wunsch auf keinen Fall etwas zu tun, um diese wieder zu verlieren, ist für uns, etwa in der Bundesrepublik Deutschland, ein Punkt, den wir nicht nur respektieren, sondern mit dem wir in unserer Argumentation umgehen müssen. Außerdem müssen wir davon lernen und sehen, dass er etwa in der Diskussion über die Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrages in den Herzen und Köpfen der Menschen eine nicht unerhebliche Rolle spielen wird. Und trotzdem: alle, die hier heute Ihre Gäste sind, aus den unterschiedlichen politischen Parteien meines Bundeslandes Hessen, aber auch alle Repräsentanten der politischen Parteien der ganzen Bundesrepublik Deutschland, werben dafür, die Europäischen Union breiter anzulegen, so wie dies im europäischen Verfassungsvertrag angelegt ist. Und ich glaube, es ist wichtig, dass wir in den nächsten Monaten und anderthalb Jahren fortfahren, ein Verständnis für die Frage zu entwickeln, was einen in der einen oder in der anderen Richtung bewegen kann. Dies ist sowohl die Frage von Identität und von der Selbstbestimmung, unbeeinflusst zu sein von den anderen. Und die Frage des gemeinsamen europäischen Rahmens, der uns ermöglicht, in der Welt eine Stimme zu haben. Viele akzeptieren heute, dass diejenigen, die den Gedanken der Europäischen Union begründet haben, Menschen wie Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi oder Robert Schumann, niemals nur an eine Wirtschaftsunion gedacht haben, sondern an eine politische Union und die Wirtschaftsunion immer als einen Schritt, einen Motor, eine Maschine hin zu einer gemeinsamen politischen Union verstanden haben. Denn ihr Hauptmotiv war eine dauerhafte Friedenssicherung in Europa und die Beseitigung von Grenzen mit dem Ziel, zu verhindern, dass Grenzen der Gegenstand von gegenseitigen Emotionen werden, die möglicherweise auch demokratische Politik irgendwann nicht mehr kontrollieren kann.

Und ich glaube, dass niemand von uns akzeptieren würde, wenn wir sagen, wir sollen unsere Situation mit der Situation in Südosteuropa vergleichen. Aber ich kenne auch sehr viele Menschen, und ich denke, die gibt es auch hier im Land, die vor 15 Jahren erklärt hätten, oder vor 20 Jahren erklärt hätten, es sei völlig verrückt, zu glauben, dass wir irgendwo auf dem europäischen Kontinent noch einmal Truppen würden einsetzen müssen, um das gegenseitige Abschlachten von ethnischen Gruppen zu unterbinden. Sie hätten uns für Panikmacher erklärt, wenn wir gesagt hätten, dass wir nach wie vor im ehemaligen Jugoslawien Regionen haben, in denen wir keine vernünftige Antwort bis zum heutigen Tag auf die Frage finden, wie das Leben dort organisiert werden soll ohne dauerhafte Präsenz der NATO-Truppen. Das mag einem alles weit entfernt klingen, aber wir waren in der Gegend unterwegs und es sind nur zwei Flugstunden mitten in diese Regionen der Krise und das ist in Europa und nicht irgendwo anders. Und deshalb glaube ich, wir sollten für die nächsten Generationen immer im Auge behalten, dass es nach wie vor eine Gefahr gibt, die darin besteht, dass Grenzen auf eine Weise bedeutend werden können, die am Ende die Stabilität eines Kontinente in Gefahr bringen können. Es ist gut, dass wir das alle für selbstverständlich halten, aber es wäre auch ganz gut, wenn wir uns gelegentlich erinnern, dass es nicht selbstverständlich ist. Und das bedeutet folglich, dass eine politische Union eine Wirkung, eine Gestaltungskraft nach innen hat, aber auch dass die Betrachtung nach außen nicht unterlassen werden darf.

Unsere Welt um uns herum ändert sich, ob wir das wollen oder nicht, es gibt Globalisierungsbefürworter, es gibt Globalisierungsgegner, es gibt Globalisierungsoptimisten, es gibt Globalisierungspessimisten. Das sind alles physikalische Betrachtungen eines unumkehrbaren Vorgangs, eines sehr banalen Vorgangs, der darin besteht, dass Menschen auf aller Welt gemeinsame Informationen haben, dass sie durch die ganze Welt reisen können,

dass die Welt zusammengewachsen ist, das die Dimensionen von Zeit und Weg heute keine relevante Größe in der Begegnung der Kulturen der Welt mehr ist. Das werden wir auch nicht aufheben und ich fände es schrecklich, wenn man es aufheben würde. Und deshalb müssen wir uns als Europäer die Frage stellen, welchen Platz wir haben in dieser Welt. Wir sind dort nicht die größten, weder mental noch zahlenmäßig.

Deshalb müssen wir uns auf die Verhältnisse dieser Welt von morgen einrichten, in der es heute eine starke Kraft der Vereinigten Staaten von Amerika gibt, die die einzigen sind, die an jedem Platz der Erde ordnend eingreifen können, wenn sie wollen oder sollen. Man kann sich daran gewöhnen. Ich kenne nicht so schrecklich viele Menschen, die sich daran gewöhnen wollen, aber wenn man sich nicht daran gewöhnen will, dann ist es nicht einfach der Beschluss, dass es keinen anderen mehr gibt, der eingreifen kann, sondern bedarf es einer Antwort, wie balanciert das System in der Welt miteinander ins Gespräch kommt und gemeinschaftliche Verantwortung übernimmt. Schauen wir uns an, wo diese Kräfte sein können: Da gibt es diese starken Vereinigten Staaten von Amerika, die immer mit einer Stimme sprechen, weil sie das so organisiert haben. Wir werden außerdem in Zukunft ein starkes China haben, das auch mit einer Stimme sprechen wird. Dies kann zwar im nächsten Jahrzehnt noch etwas ungeordnet vor sich gehen, aber die Chinesen werden mit einer Stimme sprechen und sie werden immer stärker werden, bevölkerungsmäßig, aber vor allen Dingen wirtschaftlich. Und wir in Europa? Ihr Land wird wachsen, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht in den nächsten Jahren, aber ganz Europa wird viel weniger wachsen als ganz China. Das bedeutet, dass sich die kritischen Massen immer mehr zur Lasten anderer verschieben werden. Und ich denke, wir müssen die Offenheit haben, darüber zu diskutieren, was eigentlich nationale Identität und Selbstbestimmung in der Welt von morgen für Länder unserer Größenordnung bedeutet. Und dabei ist es ziemlich egal, ob es sich um Tschechien oder um Deutschland handelt, obwohl wir ein klein wenig größer sind. In dieser Welt der Zukunft sind wir Zwerge. Möglicherweise kleine Zwerge und große Zwerge. Aber wir sind nicht auf einer Augenhöhe mit denen, die auf der Welt an anderer Stelle Ideen, aber auch Macht, ökonomische und militärische Macht, zusammen führen können. Und diese Frage muss Europa beantworten. Es ist schön, einen möglichst großen eigenen Bestimmungsraum zu haben, aber man muss auch etwas bestimmen können. Machtloser Nationalismus ist eine der gefährlichsten Größen in einer demokratischen Gesellschaft. Und ich glaube, dass wir die Kraft haben müssen, über diese historische Dimension von europäischer Integration zu sprechen. Und wir werden nicht endlos Zeit dafür haben. Denn - wiederum sehr polemisch - die Amerikaner werden immer eine schnelle Telefonleitung dorthin haben, wo der zweite Pol der Macht ist. Wenn wir Europäer nichts tun, ist er sicherlich in Peking, denn diesen wird es auf jeden Fall geben. Wir haben zu entscheiden, ob wir eine Dreiaachsenbeziehung zwischen Peking, Washington und Europa haben wollen. Aber - um in diesem Bild zu bleiben - dazu benötigen wir eine Telefonnummer. Und derjenige, der am Hörer steht oder sitzt, der muss die Kompetenz haben, zu sprechen und zwar auf einer anderen Weise zu sprechen, als nur die Kenntnis von weiteren Telefonnummern zu haben. Und wenn wir dies nicht haben, dann lohnt sich die Investition einer direkten Verbindung zu uns nicht. Vor 30 Jahren konnte keiner auf der Welt ohne direkte Verbindung zu uns leben. In 20 Jahren können wir nicht sicher sein, dass das noch so ist. Das ist keine Boshaftigkeit oder etwas Ungewöhnliches. Es ist unsere Entscheidung, in unserem Kontinent mit unseren Grenzen zu leben. Nur, wenn das so ist, dann muss es eine Chance geben, diese Antworten zu formulieren.

Der europäische Verfassungsvertrag ist nach unserem Verständnis in Deutschland kein idealer Vertrag. Er hat manche Schwächen. Die beginnen mit der Frage, ob es nicht klug wäre, die christliche abendländische Tradition dieses Kontinents und ihre sichtbare

Wertegefüge in eine neue Verfassungsordnung aufzunehmen. Das geht über viele Fragen der präzisen Abgrenzung der Subsidiarität zwischen den einzelnen Ebenen, die ein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund seiner Verfassungslage natürlich in einer besonderen Weise interessiert. Manches könnte man besser und anders machen. Und manche Begriffe, die dort aufgenommen wurden, sind nicht weiß, nicht schwarz, sondern grau, was für eine Verfassung nie gut ist. Aber es ist eine Verfassung zwischen 25 selbstständigen Staaten, die selbstständig bleiben und die nie die Kraft haben werden, alles in ein klares Schwarz und ein klares Weiß zu trennen, sondern manchmal grau brauchen, um zu einer Einigung zu kommen. Das wissen gerade wir, die deutschen Bundesländer. Wir diskutieren gerade über eine Verfassungsreform in unserer Bundesrepublik Deutschland. Da ich damit im Augenblick täglich beschäftigt bin, kann ich Ihnen hinreichend sagen: wir sind gelegentlich froh, wenn wir uns auf die Farbe Grau einigen können. Und deshalb sollten wir nicht den Anspruch erheben, dass dort alles perfekt sein kann. Unter diesem Gesichtspunkt kann man resümieren, dass der Europäische Verfassungsvertrag ein Werk ist, das eher Zustimmung als Ablehnung verdient.

Ich weiß aus den Umfragen, dass das in der Tschechischen Republik noch keineswegs Konsens. Ich glaube aber, dass wir darum ringen müssen, dass wir diese Chance erhalten, Europa mit einer gemeinsamen Sprache weiter zu entwickeln. Und weil wir darüber reden, dass wir es nach außen weiter entwickeln müssen, reden wir nicht nur über die ökonomische Frage, sondern wir reden ebenso über die harte Frage der Verteidigungspolitik. Wir reden über Fähigkeiten, die wir in unserem Land entwickeln müssen, damit wir im gemeinsamen Europa Fähigkeiten haben. Das wird nicht einfach. Wir werden, wenn wir den europäischen Vertrag bekämen, wenigstens einen europäischen Außenminister haben. Der ist alleine noch nicht sehr stark, es sei denn, wir beginnen dann darüber nachzudenken, dass wir den europäischen Außenminister nicht schadenlos dauernd desavouieren können. Und es beginnt ein Prozess der Integration. Wir werden über eine europäische Verteidigungspolitik sprechen müssen. Wir geben in Europa, in den 25 Staaten der Europäischen Union, etwa 75% des Geldes für Verteidigung aus, das die Vereinigten Staaten von Amerika für Verteidigung ausgeben wird. Aber wohlmeinend bescheinigt man uns, dass wir etwa 53% der Effizienz der Verteidigungsstreitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika haben. Wir wären gar nicht in der Lage, mehr zu tun, als wir derzeit tun. Als wir in der Balkanregion Hilfe brauchten, hätten wir ohne die Amerikaner nicht eingreifen können. Und zu glauben, man wird ein unabhängiger Pol mit eigener Gestaltungskraft in der Welt, indem man nicht einmal in der Lage ist, seine eigenen Aufgaben zu erledigen, das scheint mir sehr mutig. Zur Wahrnehmung unserer eigenen Aufgaben zu vertretbaren Kosten, die unsere Bevölkerung bereit ist zu bezahlen, benötigen wir die Aufteilung der Aufgabe und die Überwindung der Versuche jedes einzelnen Staates, in kleinsten Einheiten alles selbst zu machen. Denn dies führt logischerweise dazu, dass diese in einer Dimension teurer ist und weniger effizient, dass dies eigentlich kein Politiker in einem demokratischen Land verantworten kann.

Lassen Sie mich einen letzten Aspekt nennen, der aus den Erfahrungen der letzten Tage und Diskussionen zunehmend wichtiger wird. Ich treffe viele Menschen, die mit guten Gründen diese Frage der Vertiefung der europäischen Integration abwägen und die manchmal auch die Türkei-Frage, die wir gerne in der Diskussion erörtern können, durchaus im Hinterkopf haben: Je mehr Länder dazu kommen, um so weniger drängend wird die Frage der Vertiefung der Beziehungen. Je offener die Grenzen sind, umso klarer ist die Entscheidung gegen eine Vertiefung. Das hat nicht zur Folge, dass alles so bleibt, wie es ist. Ohne den Verfassungsvertrag, haben wir nicht einfach das Europa von heute, sondern ein Europa, das sich weiter entwickelt. Denn wir können als einzelne Länder nicht stehen bleiben, wo wir

sind. Wenn unsere Interessen auf der Welt nicht vertreten werden von einem kleinen Rieseneuropa, müssen die Zwerge sich auf den Weg machen. Und eine alte Erfahrung ist, dass es dann auf dem gleichen Weg zu Unstimmigkeiten kommt, nach dem Motto: „Wer rennt schneller“. Das Trennende könnte vorrangig werden im Verhältnis zur Suche nach dem Einendem. Das gilt auch für mein Land. Die Bundesrepublik Deutschland wird Abstand nehmen können von der Wahrnehmung eigener Interessen, wenn es kein gemeinsames europäisches Interesse gibt. Ich habe aber einen großen Teil der europäischen Diskussion der Vergangenheit so verstanden, dass es ein Wunsch unserer Nachbarn war, dass Europa auf der Basis der Verpflichtung Deutschlands gebaut wird, nicht zuerst seinen eigenen Weg, sondern einen gemeinsamen europäischen Weg zu gehen. Und ich denke, dass die Bundesrepublik Deutschland auch all das, was Helmut Kohl im Rahmen des Einigungsprozesses unseren Nachbarn und Freunden zugesagt hat, bis zum heutigen Tag eingehalten hat. Aber es geschieht eben auch in der Erwartung, dass sich am Ende eine Antwort in der Formulierung gemeinsamer Ideen findet. Es wäre sicherlich schwierig, wenn man erkennen müsste, dass eine Einigung auf der Basis des europäischen Verfassungsvertrags, der eben nicht die Aufgabe nationaler Identitäten verlangt, nicht möglich ist. In der Konsequenz konzentrierte sich jeder wieder mehr auf die jeweils eigene Identität, auf die eigenen Interessen und darauf, sie auch im Wettbewerb mit anderen zu artikulieren. Ich bin sicher, dass dieses Verhalten Europa nicht dient und dass das letzten Endes weniger bringt, auch uns Deutschen weniger bringt, als die gemeinsame Regelung. Aber ich mache mir vor allen Dingen Sorgen, dass dies eher zu Misstrauen unter den Völkern im Zentrum Europas führt. Die Hoffnung auf Allianzen schwindet. Wir sollten der Generation, meiner Generation, die jetzt insgesamt verantwortlich ist, nicht zumuten, die Aufgabe wieder auf die nächste Generation verschieben zu müssen, Konflikte und Interessensgegensätze zu beseitigen, die in der Geschichte dieses Kontinentes sicherlich weit mehr an Schaden angerichtet haben, als sie jeweils einem einzelnen Volk dabei genutzt haben.

Deshalb hat die Frage, ob man mit der europäischen Integration auch eine Vertiefung der Beziehung verbindet oder nicht, eine wichtige Bedeutung. Eine wichtige Bedeutung - das darf man bei der Adenauer Stiftung sagen - hat für uns als Christliche Demokraten, die mit der Idee des gemeinsamen Europas, auch unter der Nennung der Gründungsväter, eine Menge verbunden haben, die Vision eines auf gemeinsamen Werten aufgebauten Kontinentes. Dieser Kontinent, der garantiert, dass Vergangenes sich nicht wiederholt. Ein Kontinent, in dem alle positiv an einer Zukunft mit gemeinsamen Zielen arbeiten. Und ich denke, dass dies in der Beziehung unserer beiden Völker für beide eine wichtige Angelegenheit ist. Dabei handelt es sich um eine Beziehung, die nicht frei sein kann von Erinnerungen und deshalb auch nicht frei ist von Spannungen und Emotionen. Die aber trotzdem zu einer Beziehung basierend auf freundschaftlicher Kooperation, Zusammenarbeit und gemeinsamen Zielen geworden ist und die es verdient, dass dieser Weg fortgesetzt wird, ohne jeden Zweifel. Das ist der richtige Weg für die Entwicklung von Wohlstand, aber auch für Frieden und Freiheit dieser Völker. Werte, die als selbstverständlich gelten, aber nie selbstverständlich sein werden.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Ich freue mich auf eine anregende Diskussion.